

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

**Arbeit und Wirtschaft –
Mensch vor Profit!**

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

2 Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!

Die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die meisten Menschen nicht nur die existentiellen Grundlagen ihres Lebens, sondern auch viele weitere Bereiche ihres persönlichen und sozialen Umfelds: den Freundeskreis, Anregungen zur Weiterbildung und kulturelle Interessen im positiven Sinn, aber auch der Umgang mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Verschleiß, psychische Belastungen und zwischenmenschliche Konflikte im negativen Sinn.

Fehlende Arbeit bedeutet materielle Einschränkungen bis hin zu Notlagen, sie ist eine der Hauptgründe für Armut in einer so reichen Stadt wie München: immerhin rund 250 000 Menschen gelten in München „als von der Armutsgrenze bedroht“! Wir brauchen daher eine engagierte kommunale Arbeits-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Wir befassen uns schwerpunktmäßig mit zwei Bereichen, die natürlich eng mit einander mit einander verwoben sind:

Die **Beschäftigungspolitik** für diejenigen, die aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt „herausgefallen“ sind und eine **Wirtschaftspolitik**, die vorausschauend um die Bereiche der Münchner Betriebe und Unternehmen kümmert, in denen es sinnvoll erscheint, die Beschäftigung zu sichern und fortzuentwickeln.

Aktive kommunale Wirtschaftspolitik

Ereignisse wie die völlig überraschende Schließung des Möbelhauses XXXLutz an der Theresienhöhe, bei dem 160 Beschäftigte quasi über Nacht ihren Arbeitsplatz verloren, oder die städtische Ratlosigkeit angesichts des Kampfes der über 3000 Beschäftigten von NSN (Nokia-Siemens-Networks) gegen die Auflösungspläne der Konzernleitung oder die Sprachlosigkeit der Stadt, als plötzlich rund 250 Filialen von Müller-Brot aufgrund der – betrügerischen – Insolvenz der Mutterfirma in Neufahrn zumindest vorübergehend geschlossen werden mussten und viele Pächter*innen der Filialen vor dem Nichts standen, all diese Ereignisse zeigen: eine kommunale Wirtschaftspolitik, die auch in Krisenzeiten mehr tut als nur zu „moderieren“ gibt es in München nicht.

Natürlich kann auch die reichste Kommune die Fehlentscheidungen eines Weltkonzerns nicht kompensieren. Aber eine Kommune kann vorausschauende kommunale Wirtschaftspolitik entwickeln. Dies allerdings setzt eine fortlaufende Analyse des Zustands der Münchner Wirtschaft voraus. Auf Basis einer solchen Analyse können dann die Felder für stützende oder entwickelnde Maßnahmen bestimmt werden, kann ein sinnvoller Mitteleinsatz gewährleistet werden.

Denn: gerade Selbstständige, Handwerk und kleine Unternehmen brauchen – zumindest zeitweilig – Hilfestellung: Bei der Suche nach bezahlbaren Räumlichkeiten und der Bereitstellungen von Infrastruktur. Wo sollen eigentlich all die kleinen Betriebe hin, die sich früher in den Hinterhöfen unserer Wohnviertel befanden? Wer nimmt schon gern eine Schreinerei oder eine Autowerkstatt in Kauf? Gewerbehöfe bieten Raum für IT-Entwickler*innen und Labors, der kleine Handwerker, die Schneiderei, der Metallbetrieb aber kommt hier nicht zurecht.

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

Gerade die Landeshauptstadt braucht eine aktive Beschäftigungspolitik, denn die Arbeitslosigkeit steigt nicht nur aktuell gegenüber den Vorjahren wieder an auf rund 44 000 im November 2013 (41 000 im Nov. 2012), sondern wir beobachten seit Jahren auch eine Verfestigung bei den sogenannten Problemgruppen: den Älteren, den Menschen mit Behinderungen, den Menschen mit keinen oder schlechten Schul- bzw. Berufsabschlüssen, den alleinerziehenden Frauen, den schon sehr lange (über 2 Jahre) Arbeitslosen!

Hier muss auch die Kommune eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben - jenseits der Verwaltung von Arbeitslosigkeit etwa in den Jobcentern gemeinsam mit der Arbeitsagentur. Das seit Jahren laufende MBQ (Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm) fördert zwar einen ganzen Strauß von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten, vermag es jedoch nicht, dauerhafte Strukturen zu schaffen, in denen die komplizierten und vielschichtigen Problemlagen der Betroffenen in Ruhe aufgearbeitet werden können.

Öffentlicher Beschäftigungssektor statt Kurzeitmaßnahmen

DIE LINKE fordert daher die Schaffung eines *öffentlichen Beschäftigungssektors* (ÖBS) mit sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitsverhältnissen, die Existenz sichernd bezahlt werden. In diesen Sektor können die bestehenden Arbeitsförderungs-Projekte zumindest teilweise integriert werden, so dass die bewährte Münchner Vielfalt der Projekteszene nicht verloren geht. MAW-Jobs (zusätzlich zum ALG II wird noch eine Mehraufwandsentschädigung vergütet, ohne damit ein reguläres Arbeitsverhältnis zu begründen) werden daher großenteils überflüssig. Dabei konzentrieren sich die kommunal geförderten Maßnahmen auf die Zielgruppe der „*Strukturbenachteiligten*“, d.h. auf solche Menschen, die aufgrund von Ereignissen wie Konkurs, Scheidung, gesundheitliche Beeinträchtigung seit mehreren Jahren aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, oftmals eine Fülle von privaten Problemen aufgetürmt haben und die in einem zunächst gesicherten Job erst einmal persönlich stabilisiert werden müssen, dann eine langfristige Zusatzqualifizierung erhalten und schließlich an den regulären Arbeitsmarkt herangeführt und vermittelt werden sollen. Hierbei wollen wir eine Wiedereinführung des Normalarbeitsverhältnisses anstreben, das heißt, dass ein Mensch unbefristet in Vollzeit bzw. je nach Bedarf in vollzeitnaher Teilzeit arbeiten kann und von dieser Arbeit auch leben kann. Das Ziel muss sein, in München auch ohne ein Amt über die Runden kommen zu können.

Dem Einzelnen soll möglichst im Werkstatt-Prinzip eine – nach einer Orientierungsphase - seinen Begabungen entsprechende vor allem relativ einfache aber qualifizierende handwerkliche oder kaufmännische Tätigkeit angeboten werden, die bis zu drei Jahre im ÖBS wahren kann. Statt auf Sanktionen und Drangsalieren muss auf Motivation, Heranführen an Regeln, Qualifikation und Begeisterung für die geleistete Arbeit – das Produkt – gesetzt werden.

Die Förderung von *Kurzeit-Kursen* etwa zur Berufsorientierung, bei denen teilweise zum wiederholten Male Bewerbungsschreiben geübt werden und ansonsten nur mit Drohungen und Aussieben gearbeitet wird, lehnen wir ab. Gleiches gilt für die sogenannte *Bürgerarbeit*, bei der in Form eines Appells an das bürgerschaftliche Engagement letztlich nur reguläre Arbeitsverhältnisse – gleich ob im geförderten-gemeinnützigen oder im privat-gewerblichen Sektor - ersetzt werden!

Die Kooperation mit der Arbeitsagentur hat auf Augenhöhe z.B. im Jobcenter, zu erfolgen. Die stark von bundes-wehrartigen Handlungsmustern geprägte derzeitige Anweisungs-Unkultur der Bundesagentur für Arbeit soll einer kooperativen Einstellung zu den kommunalen Partnern weichen – dafür setzt sich DIE LINKE auch im Bundestag ein.

Ombudsstelle für Beschwerden:

Alle im Rahmen der Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Beschäftigten können sich formlos aber mit Begründung an eine Ombudsstelle (nach dem Vorbild der skandinavischen Ombudsleute, ähnlich den Wehrbeauftragten im Deutschen Bundestag u.ä.) wenden, die als unabhängige Einrichtung fungiert und sämtliche Verwaltungsvorgänge nochmals überprüfen kann. Die regelmäßigen Berichte werden veröffentlicht.

Flankierende Maßnahmen:

Für eine vernünftige Qualifizierung insbesondere bei Alleinerziehenden ist eine *ganztägige Kinderbetreuung* Voraussetzung, die auch nicht an Zeiten wie Schulferien o. ä. gebunden sein darf.

Für die Stabilisierung der oft „geschädigten“ und von komplexen Problemlagen abgelenkten Menschen werden im Rahmen der Arbeitsprojekte u.a. die teilweise bereits bestehenden Schuldner- und Drogen-Beratungen durchgeführt, ohne dass diese Menschen von „Amt zu Amt“ geschickt werden. Weitere erforderliche Schnittstellen werden flexibel im Rahmen des „Öffentlichen Beschäftigungssektors“ geschaffen, da sich die Problemlagen schnell verändern können.

Überprüfung und Evaluierung

Bislang werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zwar in Finanzfragen und bei der „antragsgemäßen Mittelverwendung“ oftmals geradezu übermäßig kontrolliert und mit Berichtspflichten überzogen. Eine sinnvolle und qualitative Evaluation, also die Untersuchung der Wirksamkeit und deren Nachhaltigkeit, findet aber weder im städtischen Verantwortungsbereich noch durch die Arbeitsagentur statt. Daher sind alle Projekte regelmäßig zu besuchen und nach qualitativen Kriterien zu bewerten. Von größter Bedeutung ist dabei, die langfristige Wirkung der geleisteten Arbeit auf die Menschen, ihre Stabilisierung und Qualifizierung zu untersuchen. Daher sind alle Projekte regelmäßig zu besuchen und nach qualitativen Kriterien zu bewerten. Von größter Bedeutung ist dabei, die langfristige Wirkung der geleisteten Arbeit auf die Menschen, ihre Stabilisierung und Qualifizierung zu untersuchen.

Kommunale Förder- und Beteiligungsbank eG

Wer heute als Handwerker*in, kleine(r) Einzelhändler*in oder Selbständige(r) einen Kredit braucht, etwa zur Anschaffung einer neuen Maschine, kann sehen, wo er bleibt. Alle Förderbanken des Landes (LfA) oder des Bundes (KfW) arbeiten nach dem „Hausbanken-Prinzip“. Und das bedeutet: Sicherheiten möglichst in Form von Immobilien oder weit reichende Bürgschaften – aber woher nehmen?

Daher schlägt DIE LINKE vor: Kleinbetriebe in Schwierigkeiten – wenn ihr Betrieb als sinnvoll angesehen wird – erhalten eine kommunale Beteiligung / ein kommunales Darlehen aus der Hand einer dafür zu gründenden kommunalen oder genossenschaftlichen (mit kommunaler Beteiligung) „Förder- & Beteiligungsbank eG“. Ziel muss eine dauerhafte Weiterführung des Betriebes sein. Vorausgesetzt wird eine soziale Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse, soweit Arbeitnehmer beschäftigt werden. Besonders gefördert wird, wenn der Betrieb bereit ist, zur Integration von Arbeitsmarkt-Benachteiligten beizutragen. Dies kann auch durch Partnerschaft mit entsprechenden Projekten aus dem öffentlichen Beschäftigungssektor geschehen. Auch kann über eine solche Einrichtung für unabhängige Angebote für die oftmals ungeklärte Unternehmensnachfolge gesorgt werden.

Zukunft der Arbeit in München:

Wie wird und wie soll eigentlich Arbeit in Zukunft in München aussehen? Eine Kommune kann keine „Megatrends“ wie die Durchdringung mit Elektronik oder die Tertiärisierung (von der Herstellung von Gütern hin zur Erstellung von Dienstleistungen) oder die zunehmende weltweite Verknüpfung von Wertschöpfungsketten oder gar konjunkturelle Schwankungen kompensieren oder „umdrehen“. Sie kann aber sehr wohl analysieren, ob z.B. die berühmte Münchner Mischung nicht durch ein Wegziehen kleiner aber kreativer oder haushaltsnaher Betriebe gefährdet ist. Oder feststellen, ob zu viele Handwerksbetriebe letztlich bloße Zulieferer für Industriebetriebe sind und von deren Wohlwollen und Preisvorstellungen abhängen.

Dazu fordert DIE LINKE den Aufbau eines *kommunalen Instituts „Zukunft der Arbeit“*. Hier wird in Zusammenarbeit mit ähnlichen Einrichtungen der Kammern, der Arbeitsagentur, freien und universitären Instituten analysiert wo Zukunftstrends und Zukunftswünsche hingehen, welche Tendenzen gibt es im Umfeld, auf welche demographische Entwicklung muss sich die Stadt und ihre Wirtschaft einstellen? Es werden Empfehlungen ausgearbeitet für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der Förderung oder Einrichtung neuer Schwerpunkte für die beruflichen Bildungsgänge, der Weiterbildung und Nachqualifizierung in kommunaler Trägerschaft. Somit leistet die Stadt ihren Beitrag zur Entstehung einer fundierten Vorstellung von den Arbeitsplätzen der Zukunft in München.

Die Kommunalen Betriebe Münchens:

Kommunale Betriebe, gleich in welcher Rechtsform sie betrieben werden, haben den Zweck, alle Bereiche, die der Daseinsvorsorge dienen, jenseits reiner profitorientierter Unternehmen als gesamtgesellschaftliche, allein am Nutzen für die Menschen orientierten Aufgabe abzudecken. Diese Betriebe dürfen sich nicht – trotz kommunaler Trägerschaft – zu reinen Wirtschaftsunternehmen verselbständigen. DIE LINKE sieht diese Gefahr z. B. bei den Stadtwerken, die in aufwendige Off-Shore-Windanlagen vor der norwegischen Küste investieren, angeblich um so die Stromerzeugung auf eine ökologische Basis zu stellen. Ähnliches zeichnet sich bei der Flughafen-Gesellschaft ab, die nun meint, in Brasilien investieren zu müssen. Dies führt zu Risiken für die Unternehmen und damit für das kommunale Eigentum der Bürger der Landeshauptstadt München.

DIE LINKE fordert eine echte „Rekommunalisierung“ der Betriebe mit städtischer Beteiligung, um eine reale demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger*innen zu ermöglichen. Hierzu sind die Satzungen und/oder Gesellschaftsverträge so zu gestalten, dass eine bürgerschaftliche Einflussnahme gewährleistet ist. Die Ausgründung weiterer Bereiche aus städtischen Eigenbetrieben oder die Unterwerfung städtischer GmbHs unter ein Denken, das reinem ökonomischen und letztlich profitorientiertem Kriterien unterworfen ist, lehnen wir ab.

Die städtischen Betriebe dürfen keinem Privatisierungsdruck ausgesetzt werden, sondern müssen auf stabilen kommunalwirtschaftlichen Beinen stehen. Dies betrifft die Stadtwerke München ebenso wie die Stadtparkasse München, das Städtische Klinikum München (StKM), den Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) bis hin zu Schulen, Meisterkursen, Kindertagesstätten und die Altenpflege durch die Münchenstift-GmbH. Dabei lassen wir nicht außer Acht, dass alle Betriebe auch sparsam und wirtschaftlich zu führen sind. Wie fatal die Entwicklung verläuft, wenn einerseits ökonomisierte Gewinnorientierung und andererseits Filz und Pfründewirtschaft um sich greifen, zeigen die in der StKM GmbH zusammengefassten städtischen Kliniken: einem kaum zu finanzierenden Wasserkopf an Chefärzten steht eine völlig überforderte Basis an Pflegepersonal, Reinigungskräften und Service-Dienstleistern gegenüber. Auch darf das Sparsamkeitsgebot nicht dazu führen, dass für Regelaufgaben Werkverträge zu Dumpingpreise vergeben werden. DIE LINKE fordert, dass in den Betrieben und Einrichtungen der Stadt oder mit städtischer Beteiligung einerseits eine wirksame demokratische Kontrolle durch Stadtrat und weitere Bürgergremien etabliert wird und andererseits effiziente organisatorische Strukturen ohne Filz und Klüngel Hand in Hand gehen.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühdorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian